



[www.goetzpeter.de](http://www.goetzpeter.de)

## Bericht aus Berlin

12 / 2012

Mit diesem aktuellen Bericht aus der politischen Arbeit in Berlin wünsche ich Ihnen einen schönen Sommer!

Ihr

## Aus dem Bundestag

### Breite Mehrheit für Fiskalpakt und Rettungsschirm

Der Deutsche Bundestag hat in der letzten Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause die Beratungen über den Fiskalpakt und den Europäischen Stabilisierungsmechanismus mit großer Mehrheit zum Abschluss gebracht. Damit setzt Deutschland ein starkes Zeichen für Europa. Am Freitag, dem 29. Juni 2012 haben die Abgeordneten dem Vertrag vom 2. März 2012 über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) in der vom Haushaltsausschuss geänderten Fassung mit 491 Ja-Stimmen bei 111 Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen zugestimmt. Auch der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zum Vertrag vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) fand mit 493 Ja-Stimmen bei 106 Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Den Abstimmungen vorangegangen war eine Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Schaffung einer Stabilitätsunion, in der sie für die Annahme der beiden Verträge geworben hatte. Die Zustimmung ist ein „wichtiges Signal“, dass „Europa für uns unsere Zukunft bedeutet“, sagte sie. Merkel berichtete dem Bundestag auch über den unmittelbar vorangegangenen EU-Gipfel in Brüssel, der weitere Beschlüsse zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone getroffen hatte. Die Umsetzung dieser Beschlüsse steht aber nicht unmittelbar bevor, sondern erfordert in jedem Einzelfall eine weitere Befassung des Bundestages, betonte die Kanzlerin. Während der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) Hilfgelder für verschuldete Euro-Staaten zur Verfügung stellt, verpflichtet der Fiskalpakt die 25 Teilnehmerländer zur Umsetzung einer nationalen Schuldenbremse nach deutschem Vorbild. Beide Verträge bildeten

eine „inhaltliche Einheit“, sagte Merkel. Sie stellen die „rechtliche Verknüpfung zwischen Solidität und Solidarität“ dar. Hilfen an notleidende Euro-Mitglieder werden nur dann gewährt, wenn sie den Fiskalvertrag zu Hause auch umsetzen. Nicht zur Abstimmung standen die Beschlüsse, die der EU-Gipfel in der Nacht zuvor getroffen hat und die teils noch von den EU-Finanzministern ausgearbeitet werden müssen.

### Pflege-Neuausrichtungsgesetz

In der letzten Woche wurde das Pflege-Neuausrichtungsgesetz beschlossen. 500.000 Menschen mit Demenzerkrankung erhalten erstmals Leistungen der Pflegeversicherung. Damit die Pflege zu Hause weiter Vorrang vor der Pflege im Heim hat, wird ein Schwerpunkt bei den pflegenden Angehörigen und ihren Familien gesetzt. Die Pflegebedürftigen lassen sich lieber in vertrauter Umgebung und von vertrauten Menschen pflegen. Das ist ein Stück Menschlichkeit in unserer Gesellschaft. Es gilt der Grundsatz „ambulant vor stationär“ seit Einführung der Sozialen Pflegeversicherung Mitte der 90er Jahre. Jetzt ermöglichen wir pflegenden Angehörigen erstmals Auszeiten. Wer mehrere Pflegebedürftige pflegt, darf bei der Rente nicht schlechter gestellt werden. Auch das wird künftig berücksichtigt. Darüber hinaus wird das Leistungsangebot der ambulanten Pflegedienste um häusliche Betreuungsleistungen erweitert. Pflegebedürftige und Pflegekräfte werden künftig mitreden, auch bei der Bewertung und Einstufung der Pflege. Pflegebedürftige entscheiden künftig selbstbestimmt, was für sie beste Hilfe und Pflege ist. Wir schaffen mehr Flexibilität, um von einem starren Minutenkorsett in der Pflege wegzukommen. Der Grundsatz „Wiederherstellung vor Pflege“ wird nachhaltig umgesetzt. Neue Wohnformen entstehen. Versicherte werden nicht alleingelassen, sondern frühzeitig beraten – mit verbesserter Rechtssicherheit.

### Parlamentsdeutsch...

Debatte: In den Debatten im Plenum verhandeln die Abgeordneten in Rede und Gegenrede über Gesetzentwürfe und andere Vorlagen. In den großen Debatten, die sich meist an Regierungserklärungen, wichtige Gesetzentwürfe oder auch an Große Anfragen anschließen, geht es um zentrale politische Fragen. Ihre Dauer wird – vom Thema abhängig – im Ältestenrat vereinbart; die vereinbarte Zeit wird nach einem Schlüssel auf die einzelnen Fraktionen verteilt. Möglich ist es auch, über ein Thema zu debattieren, ohne dass eine Beratungsgrundlage vorliegt (sogenannte vereinbarte Debatte). Zur Behandlung aktueller Themen dient auch die Aktuelle Stunde.

# Nachrichten

## Götz: Kein Rundumschlag bei Tempo 30



Im Rahmen einer Aktuellen Stunde widersprach der Rastatter CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Götz am Mittwoch im Deutschen Bundestag der Forderung von SPD und Bündnis90/ Die Grünen, in allen Städten und Gemeinden ein generelles Tempo-30-Limit einzuführen. Er erklärte unter anderem „die Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden wissen am besten, was für ihre Stadt gut ist und was nicht. Sie setzen sich täglich mit den Bürgern auseinander und sollen deshalb selbst entscheiden können, wo sie eine 30-Zone für richtig halten und wo nicht“. „Wir wollen nicht, dass der Bund überall Tempo 30 einführt. Die vorhandene breite Palette der Verkehrsgestaltung ist ein wichtiger Bestandteil kommunaler Planungshoheit, der in kommunaler Verantwortung bestens aufgehoben ist“, so Götz im Deutschen Bundestag. Der ausführliche Redebeitrag von Peter Götz sowie das Video kann auf seiner Homepage [www.goetzpeter.de](http://www.goetzpeter.de) abgerufen werden. Darüber hinaus veröffentlicht der Deutsche Bundestag unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) alle im Plenum gehaltenen Debatten.

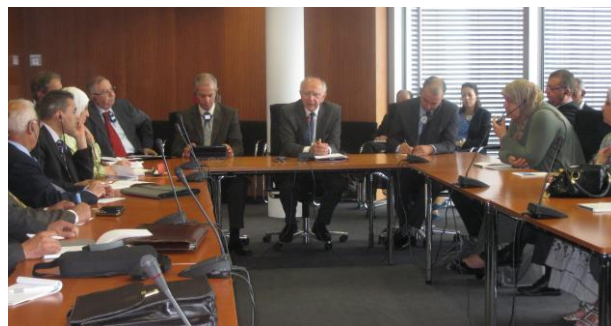
## Rastatter Gymnasiasten im Reichstag

Die Klasse 10 a des Ludwig-Wilhelm-Gymnasiums besuchte im Rahmen ihrer Studienreise nach Berlin auch den Deutschen Bundestag. Dort verfolgten sie einen sachkundigen Vortrag über die Arbeitsweise des Parlaments. Peter Götz begrüßte die Schülerinnen und Schüler im Vorstandszimmer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Zunächst informierte er über den eng gefassten Tagesablauf in einer Berliner Parlamentswoche. In der anschließenden lebhaften Diskussion kamen aktuelle politische Themen zur Sprache wie zum Beispiel das Betreuungsgeld oder die Bereitstellung von Kita-Plätzen. Zum Programm der mehrtägigen Studienreise gehörte unter anderem auch eine informative Stadtführung, der Besuch der Museumsinsel und eine Fahrt nach Potsdam.



Peter Götz mit der Klasse 10 a auf der Fraktionsebene im Reichstagsgebäude:

## Götz empfängt Delegation aus Tunesien und Marokko



Am Donnerstag vergangener Woche empfing Peter Götz eine Delegation von Abgeordneten aus Tunesien und Marokko, die sich auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages über kommunale Selbstverwaltung und Aufbau der Kommunen nach der Wiedervereinigung informierten. Es schloss sich eine lebhafte Diskussion an.

## Bürgersprechstunde

Peter Götz setzt am 3. Juli die Reihe seiner Bürgersprechstunden fort. Er bietet interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, mit ihm persönlich ins Gespräch zu kommen. Die Bürgersprechstunde am **Dienstag, den 03. Juli 2012, findet von 15 bis 17 Uhr in der CDU-Kreisgeschäftsstelle, Sandweierer Straße 29 in Sandweiler** statt. Um Wartezeiten zu vermeiden, wird um Anmeldung im Wahlkreisbüro unter 07229/181840 gebeten.

## IHK-Handelsausschüsse im Reichstag



Im Rahmen einer Berlinreise der drei Handelsausschüsse der IHK Karlsruhe zum Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) führten die Teilnehmer im Fraktionssaal der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Reichstag ein Gespräch mit Peter Götz. Neben den aktuellen

politischen Themen wie dem Fiskalpakt informierte Peter Götz die Unternehmer über den Verfahrensstand der Rheinbrücke im Raum Karlsruhe/Wörth, die Rheintalbahn mit dem Rastatter Tunnel und den Autobahnanschluss von der A 5 zum Flughafen Söllingen.

### Interkommunale Zusammenarbeit stärken

Zu der Forderung des Deutschen Landkreistages an den Bund, sicherzustellen, dass die Zusammenarbeit von Kommunen nicht erschwert wird, hat Peter Götz in seiner Funktion als kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärt: "Die Forderung des Deutschen Landkreistages ist berechtigt. Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge gerade in dünn besiedelten Räumen wird angesichts des demografischen Wandels eine besondere Herausforderung sein. Das geht nur mit einer verstärkten Zusammenarbeit von Kommunen. Die Entwicklung dezentraler Energiesysteme, die Nutzung alternativer Technologien für die Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie die Vernetzung und Kooperation von Ressourcen und Kräften, etwa bei Einsätzen der Rettungsdienste oder bei elektronischen Verwaltungsdiensten, müssen daher ganz oben auf die politische Agenda. Dazu gehört auch eine zügige flächendeckende Versorgung mit Infrastruktur für ein schnelles Internet. Eine bessere Zusammenarbeit der Kommunen darf nicht über die bestehenden Regelungen hinaus steuerlich belastet werden. Steuerliche und bürokratische Hemmnisse sind zu beseitigen."

### Neue Internetpräsenz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat eine neue Internetpräsenz. Unter [www.cduscu.de](http://www.cduscu.de) können Sie sich umfassend über aktuelle politische Themen informieren.

### Parlamentarisches Patenschaftsprogramm 2013 / 2014



Interessierte Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige können sich ab sofort für einen USA-Aufenthalt für das Pro-

grammjahr 2013/2014 im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms (PPP) bewerben. Den Bewerbungsflyer mit den detaillierten Informationen zur Bewerbung und zum USA-Aufenthalt können im Berliner Bundestagsbüro von Peter Götz angefordert werden unter Telefon: 030/227-74928, Fax: 030/227-76862 oder per Mail: [peter.goetz@bundestag.de](mailto:peter.goetz@bundestag.de).

**Bewerbungsschluss** bei der jeweiligen zuständigen Austauschorganisation ist der **14. September 2012**.

Alle Informationen zum Parlamentarischen Austauschprogramm wie Teilnahmebedingungen, stellt der Deutsche Bundestag auch unter [www.bundestag.de/ppp](http://www.bundestag.de/ppp) zur Verfügung.

Weitere Informationen über die politische Arbeit unter:

[www.goetzpeter.de](http://www.goetzpeter.de)

# Einige interessante Daten und Fakten...

## **Beschäftigung steigt – Zahl der Minijobber sinkt**

Die Zahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten ging in den ersten drei Monaten dieses Jahres um mehr als 140.000 zurück. Wie aus einem noch unveröffentlichten Quartalsbericht der Minijobzentrale in Essen hervorgeht, gab es demnach mit 6,99 Millionen geringfügig entlohnten Beschäftigten nur 53.000 mehr Minijobber als im Ausgangsjahr 2004. Damit stieg die Zahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten seit 2004 um 0,8%. Dieser Zuwachs sei vor allem zurückzuführen auf die Zunahme von geringfügig entlohnten Beschäftigten im privaten Haushalt: Immer mehr Arbeitgeber meldeten ihre Haushaltshilfen an. Demgegenüber verzeichnete die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im selben Zeitraum einen Zuwachs von 9% (2,4 Millionen). Dies zeigt, dass keine Verdrängung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten durch Minijobs stattfindet. Vor allem Frauen üben dem Quartalsbericht zufolge Minijobs aus. Im gewerblichen Bereich liegt der Anteil der Frauen bei 62%, im Privathaushalt bei 92%. Die stärkste Altersgruppe unter den Minijobbern bilden die über 60-Jährigen mit 1,3 Millionen Beschäftigten. Ihnen folgen mit 1,1 Millionen die unter 25-Jährigen Minijobber.

Quelle: Reuters/ Die Welt

## **Mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Wissenschaft in 2010**

Etwa 234,5 Mrd. Euro wurden im Jahr 2010 in Deutschland für Bildung, Forschung und Wissenschaft ausgegeben. Dies entspricht einem Anstieg von 4,3% im Vergleich zum Vorjahr, wie das Statistische Bundesamt nach vorläufigen Berechnungen mitteilt. Begünstigt wurde diese Entwicklung unter anderem durch den Hochschulpakt, die Exzellenzinitiative, den Kinderbetreuungsausbau und das Zukunftsinvestitionsgesetz. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 9,5% des Bruttoinlandsprodukts für Bildung, Forschung und Wissenschaft verwendet. Der größte Anteil entfiel dabei mit 133,1 Mrd. Euro auf die Bildungseinrichtungen Kindergärten, Schulen und Hochschulen sowie auf die duale Ausbildung. Weiterhin wurden 19,5 Mrd. Euro für Bildungsförderung und Käufe der privaten Haushalte von Bildungsgütern aufgewendet, während für die Bereiche Weiterbildung, Jugendarbeit, Krippen und Horte 19,7 Mrd. Euro verwendet wurden. In Forschung und Entwicklung wurden 57,3 Mrd. Euro von Unternehmen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen investiert, die Ausgaben für die Bildungs- und Wissensinfrastruktur betragen währenddessen 4,9 Mrd. Euro. Im Jahr 2009 waren von den insgesamt 224,8 Mrd. Euro für Bildung, Forschung und Wissenschaft rund 64% aus öffentlichen Haushalten aufgewendet worden, während rund 34% privat und 1% vom Ausland übernommen wurden. Der Beitrag der öffentlichen Haushalte zu den Bildungsausgaben lag im Jahr 2009 bei 79%, der private Bereich und das Ausland übernahmen 21%. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung wurden hingegen zu 66% vom privaten Bereich (Unternehmen und Organisationen ohne Erwerbszweck) finanziert.

Quelle: Statistisches Bundesamt